

11. 07. 86

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung am 26. Mai 1986 in Luxemburg

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 22. bis 26. Mai 1986 in Luxemburg ab. Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag

Abg. Prof. Dr. Abelein (CDU/CSU)
Abg. Dr. Corterier (SPD)
Abg. Francke (Hamburg) (CDU/CSU)
Abg. Gansel (SPD)
Abg. Horn (SPD)
Abg. Dr. Hupka (CDU/CSU)
Abg. Ibrügger (SPD)
Abg. Jungmann (SPD)
Abg. Dr. Kansy (CDU/CSU)
Abg. Lattmann (CDU/CSU)
Abg. Petersen (CDU/CSU)
Abg. Frau Simonis (SPD)
Abg. Frau Traupe (SPD)
Abg. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Dr. von Wartenberg (CDU/CSU)
Abg. Weiss (CDU/CSU)
Abg. Würtz (SPD)

Bundesrat

Staatsminister Schmidhuber (CSU) (Bayern)
Senator Kröning (SPD) (Bremen)
Staatsminister Dr. Günther (SPD) (Hessen)
Minister Dr. Hahn (SPD) (Saarland)
Minister Claussen (CDU) (Schleswig-Holstein)

Am 26. Mai 1986 fand eine Sondersitzung mit Aussprache über das Thema „Verteidigungszusammenarbeit“ statt.

Jacques Santer, Präsident der Luxemburgischen Regierung, verwies auf den Beitrag der Nordatlantischen Versammlung zur Aufrechterhaltung des Ost-West-Dialogs und zur Glaubwürdigkeit der westli-

chen Verteidigung. Die zum Teil heftig geführten Diskussionen in den Bündnisländern seien — anders als in den östlichen Staaten — Ausdruck unseres Demokratieverständnisses. Die Kraft der Debatte zeige die Bedeutung der Probleme und zugleich die Vitalität des demokratischen Prozesses.

Nach 1980 und 1984 habe sich die Nordatlantische Versammlung zum dritten Mal in dem Plenarsaal versammelt, der eigentlich für das Europäische Parlament bestimmt sei. Dies zeige, welche Rolle das vereinte Europa im Dienst des Bündnisses spiele. Die europäische Zusammenarbeit dürfe nie zu Lasten der Allianz gehen. Ganz im Gegenteil: Die Stärkung des europäischen Pfeilers trage zu einer größeren Sicherheit im gesamten Vertragsgebiet des Bündnisses bei. Die Last der Verteidigung sei extrem schwer; weder die Vereinigten Staaten noch Europa könnten sie alleine tragen.

Die luxemburgische Regierung halte es für unmöglich, sich europäische Sicherheit anders als in enger Zusammenarbeit mit den USA und Kanada vorzustellen. Diese Auffassung werde von allen europäischen Verbündeten geteilt. Die enge Verbindung zwischen Europa und Nordamerika habe für alle Sicherheit, Freiheit und Wohlstand garantiert. Der Terrorismus sei eine Geißel, die einmütig von den Partnern des Bündnisses verurteilt werde, obwohl die Reaktion auf diese Herausforderung auf der einen und der anderen Seite des Atlantiks unterschiedlich ausfallen könne. Der Riß zwischen den öffentlichen Meinungen in den verschiedenen Bündnisstaaten sei noch nicht beseitigt. Es müsse alles getan werden, um jetzt eine weitere Spaltung zu vermeiden, die durch jahrelange vehemente Diskussionen über die Verteidigungspolitik nicht habe hervorgerufen werden können. Trotz gemeinsamer Interessen gebe es noch viele Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bündnispartnern und den Ost-

blockstaaten. Rüstungskontrolle sei jedoch einer der Bereiche, der Ost und West gleichermaßen Sorge bereite. Generalsekretär Gorbatschow habe kürzlich verschiedene Erklärungen abgegeben. Das Thema sei jedoch zu komplex und zu technisch, um durch eine Serie von Rededuellen in der öffentlichen Arena gelöst werden zu können. Nun sei die Sowjetunion am Zuge, ihre Erklärungen guter Absichten in konkrete Vorschläge umzusetzen. Verhandlungen könnten dann einen Fortschritt bringen, insbesondere bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen und bei den chemischen Waffen. Dies seien zwei Bereiche, in denen das Bündnis die vollständige Beseitigung von Waffensystemen vorgeschlagen habe.

Die Menschenrechte seien ein weiterer wichtiger Aspekt der Beziehungen zwischen Ost und West. Für die luxemburgische Regierung genieße dieser Bereich Priorität. Allgemein gesagt müsse ein konstruktiver Dialog mit dem Osten begonnen werden. Da die Sicherheit des Westens von einer glaubwürdigen Verteidigung abhängen müsse, müsse jeder Verbündete seinen Teil zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen beitragen. Der luxemburgische Beitrag gründe sich auf diesem Interesse an der Solidarität mit allen seinen Bündnispartnern. Die Europäer sollten nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten bei der Verteidigung der alten Welt die Hauptrolle übernommen hätten; andererseits sollten sich die Amerikaner bewußt sein, daß ihr Land mit der Verteidigung Europas zum Schutz des gesamten Westens beitrage. Es sei richtig, daß sich die öffentliche Meinung in den Bündnisstaaten nicht immer in die gleiche Richtung bewege. Gegenwärtig seien die Differenzen aber besonders deshalb deutlich spürbar, weil es sich um Differenzen zwischen Amerika und Europa handele. Dies sei beunruhigend. Regierungen und Parlamente müßten alles tun, damit nicht ein unüberwindbarer Graben entstehe. Die Nordatlantische Versammlung helfe, den transatlantischen Zusammenhalt zu stärken. Dieser Zusammenhalt sei nicht automatisch gegeben. Er sei vielmehr das Ergebnis eines politischen Willens, der von der Zustimmung und der Mithilfe aller direkt betroffenen Bürger abhängig sei.

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, Senator **Charles McC. Mathias, JR (USA)**, ging in seiner Eröffnungsrede auf vier Punkte ein, die für das Bündnis besondere Herausforderungen darstellten: Terrorismus, Rüstungskontrolle, wirtschaftliche Beziehungen und Verteidigungszusammenarbeit.

Angesichts der bestehenden Gemeinsamkeiten sei er zuversichtlich, daß die Verbündeten ihre Differenzen im Bereich des Terrorismus überwinden könnten. Die Erklärung vom Weltwirtschaftsgipfel in Tokio zeige, daß Erfolge erreichbar seien. Fortschritte bei der Rüstungskontrolle im Bereich der nuklearen, chemischen und konventionellen Waffen müßten erreicht werden, um Stabilität und Berechenbarkeit zu erhöhen. Gegenwärtig werde ein Fortschritt durch gegenseitiges Mißtrauen und Zweifel an der Einhaltung bestehender Vereinbarungen durch die sowjetische Seite verhindert. Wesentlich seien die Wahrung des ABM-Vertrages und die Aufrechterhaltung der Begrenzungen aus der SALT-Vereinbarung. Zu-

sätzlich müßten Beschränkungen im Bereich der Nuklearwaffentests erreicht werden, die möglicherweise zu einem umfassenden Testverbot führen könnten. Die Versammlung und die nationalen Parlamente müßten auch weiterhin die politischen Rahmenbedingungen gestalten, um die Rüstungskontrollverhandlungen zu unterstützen.

Im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen sei darauf hinzuweisen, daß aufgrund der amerikanischen Budgetgesetze Kürzungen des Verteidigungshaushalts nicht ausgeschlossen seien. Der NATO-Beitrag für 1986 sei gesichert. Einschränkungen seien aber auch hier für die Zukunft nicht auszuschließen. Management und Handelsbeziehungen müßten verbessert werden. Das Bündnis könne sich keine Schwierigkeiten aus den Reibereien zwischen den USA und der EG leisten.

In der Verteidigungszusammenarbeit habe es in den letzten Jahren nützliche Entwicklungen gegeben, die zum Teil in der von dem Abg. Petersen eingebrachten Entschließung aufgeführt seien. Die umfassende Entschließung müsse für den politischen Prozeß einen weiteren Anstoß geben. Die Kosten der Waffensysteme und die wirtschaftlich bedingten Beschränkungen der Verteidigungshaushalte zwingen unabweisbar zu einer verstärkten Zusammenarbeit.

Die Nordatlantische Versammlung müsse sich auch selbst um einen stärkeren politischen Einfluß in den Mitgliedstaaten bemühen. Das Bündnis sehe sich Bedrängnissen und Trennungsversuchen von innerhalb und außerhalb gegenüber. In dieser kritischen Lage könne das Bündnis aus der Not eine Tugend machen, indem man enger zusammenrücke und stärker als zuvor aus dieser mißlichen Situation hervorgehe.

Der frühere Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium und Botschafter a. D. **R. W. Komer**, der als Beobachter an der Tagung teilnahm und auf Einladung des Präsidenten sprach, erklärte, daß er sich schon immer stark für die Verteidigungszusammenarbeit eingesetzt habe und während seiner Amtszeit von 1977 bis 1981 einige seiner Vorstellungen habe testen und in die Tat umsetzen können. Er habe auch das langfristige Verteidigungsprogramm aufgestellt, habe verschiedene Programme zur Zusammenarbeit im Waffensektor mit den europäischen Verbündeten entwickelt, und er habe den Eindruck, daß das MLRS (Multiple Launch Rocket System) das bedeutendste Bündnisprojekt im Bereich der Zusammenarbeit im Rüstungssektor bisher gewesen sei. Verteidigungszusammenarbeit gehe aber über die Zusammenarbeit im Rüstungssektor hinaus. Kurzfristig habe wahrscheinlich ein größerer Erfahrungsaustausch im Bereich der Logistik und der Ausbildung den größten Erfolg. Zum Beispiel könne die Ausbildung in den besser ausgerüsteten und eingerichteten Bündnisstaaten erfolgen. Die NATO-Bürokratie scheine jedoch wenig Wert auf eine wirkliche Verteidigungszusammenarbeit zu legen. Er habe zwar gewisse Verbesserungen bei der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten registriert, dies zeigten die höheren wechselseitigen Waffenverkäufe und einige

Ausbildungsprogramme, es gebe jedoch immer noch zu viele Reden und zu wenig Aktionen. Er habe deshalb auch Zweifel an der Nützlichkeit und Praktikabilität der Beiträge der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe und der Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren.

Er glaube, das Bündnis verlasse sich zu sehr darauf, daß die Vereinigten Staaten neue Ideen produzieren. Die größte Schwäche der NATO ergebe sich aus dem fehlenden Willen der europäischen Demokratien, in Friedenszeiten ausreichende Mittel für Verteidigungsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Er warne davor, daß sich die Haltung der Vereinigten Staaten ändern werde. Die Bemühungen zur Reduzierung des amerikanischen Haushaltsdefizits würden wahrscheinlich Priorität gegenüber dem Verteidigungshaushalt gewinnen, dessen Mittel ohnehin in zunehmendem Maße für die Modernisierung der Atomwaffen und für das SDI-Programm verwendet und nur zu einem kleinen Teil der NATO direkt zugeführt würden. Dennoch glaube er nicht, daß ein Zusammenbruch der NATO drohe. Es werde jedoch in den nächsten zehn Jahren größere Differenzen zwischen den europäischen Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten geben.

Auf eine Frage des Abg. **Krieps** (Luxemburg) stellte Botschafter a. D. **Komer** fest, daß während der Amtszeit von Präsident Reagan zwar der Verteidigungshaushalt gestiegen sei, diese Erhöhungen seien aber kaum der NATO, sondern anderen Projekten zugute gekommen.

Abg. **Frinking** (Niederlande) fragte nach einem Vorschlag zur größeren Wirksamkeit der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe, die Botschafter a. D. **Komer** sehr kritisch beurteilt habe.

Botschafter a. D. **Komer** erklärte, die Unabhängige Europäische Programmgruppe sei eine bürokratische Organisation, der es an politischem Willen und Durchsetzungsfähigkeit fehle. Er hätte es bevorzugt, wenn sie in die EUROGROUP einbezogen worden wäre bzw. in die WEU und schließlich diese Organisation in der NATO aufgegangen wäre. Er habe bezüglich der Arbeitsergebnisse der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe wenig Hoffnungen.

Abg. **Jungmann** (Bundesrepublik Deutschland) sah in dem Vortrag von Botschafter a. D. **Komer** die üblichen Zeichen des nationalen Egoismus. Die Vereinigten Staaten hätten in der Vergangenheit ihren Teil dazu beigetragen, daß Projekte der Zusammenarbeit gescheitert seien wie z. B. der NATO-Panzer. Es sei besser, die Vereinigten Staaten konzentrierten sich auf eine Stärkung der Zusammenarbeit, als daß sie Gelder zur Ausweitung von Bürokratien ausgaben.

Botschafter a. D. **Komer** führt zum NATO-Panzer aus, daß dies ein Versuch gewesen sei, ein Waffensystem für das 22. Jahrhundert mit Investitionen in Größenordnungen des 19. Jahrhunderts zu ent-

wickeln. Uneinigkeit über technische Parameter habe den Prozeß behindert, aber ebenso die fehlende politische Unterstützung. Die Parlamente in allen Staaten müßten die Militärs zu mehr Zusammenarbeit drängen, dies sei bisher nicht wirksam genug geschehen.

Abg. **Budtz** (Dänemark) stellte fest, daß zur Zeit die Steuerquote in Dänemark so hoch wie nie zuvor bei 60 bis 65 % liege. Gleichzeitig würden so viele Dänen wie nie die NATO unterstützen, zur Zeit gut 70 %. Wenn aber die Steuern stiegen und Sozialausgaben gesenkt werden müßten, erwarte er eine drastisch sinkende Unterstützung der NATO durch die Bevölkerung.

Botschafter a. D. **Komer** sprach sich für eine neue Studie aus, die das Verhältnis von hoher Unterstützung in der NATO in der dänischen Bevölkerung und dem niedrigen dänischen NATO-Beitrag untersuchen solle. In den USA würde die NATO wahrscheinlich von 110 % unterstützt, wenn der pro-Kopf-Beitrag für das Bündnis so niedrig liege wie derjenige Dänemarks.

Frau Abg. **Burton** (USA) fragte, ob Hoffnung auf Fortschritte bei den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen berechtigt seien.

Botschafter a. D. **Komer** erklärte, er unterstütze grundsätzlich solche Verhandlungen, die besonders von Wert sein könnten, wenn sie zu einer Reduzierung der Verteidigungsausgaben führen könnten. Er sehe jedoch wenig Positionsänderungen bei der neuen sowjetischen Führung. Er sei deshalb pessimistisch was die Substanz der Verhandlungen angehe. Wenn allerdings SDI erfolgreich sei und die Sowjetunion nicht in der Lage sei, dies zu kopieren, könne die Sowjetunion möglicherweise Vorteile in einer substantiellen Rüstungskontrolle sehen.

Als erster Redner in der Generaldebatte über die Verteidigungszusammenarbeit sprach Senator **Hastings** (Kanada). Obwohl mit der Verteidigungszusammenarbeit ein weniger kontroverses Thema als üblicherweise auf den Plenarsitzungen der Nordatlantischen Versammlung behandelt werde, gehe es dabei doch um die Grundlage und die Struktur des Bündnisses. Es sei mehr als militärische Zusammenarbeit erforderlich. Wichtig sei die politische Zusammenarbeit. Es sei dringend notwendig, das Bild der NATO auf diesem Gebiet zu verbessern. Obwohl die NATO-Staaten gegenüber dem Warschauer Pakt ein zweieinhalbfach höheres Bruttoinlandsprodukt hätten und über bessere Fähigkeiten und höhere Produktivität verfügten, seien sie vom Warschauer Pakt in den vergangenen Jahren übertroffen worden, insbesondere auf dem Gebiet der konventionellen Waffen. Es sei zwar grundsätzlich möglich, dieser Herausforderung durch erhöhte Verteidigungsbudgets zu begegnen, die wirtschaftlichen Realitäten hätten dies jedoch zur Zeit unmöglich gemacht. Die einzige Lösung sei eine verstärkte Zusammenarbeit. Kanada unterstütze mit aller Kraft die Unabhängige Europäische Programmgruppe und die

Westeuropäische Union auf diesem Gebiet. Senator Hastings gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Bemühungen um Kooperation die Partner nicht trennen werde und nicht zu einem Konflikt zwischen Europa und Nordamerika führe.

Senator **Roth** (USA) erkannte den beträchtlichen Fortschritt an, der 1986 auf dem Gebiet der Verteidigungszusammenarbeit erreicht worden sei. Die USA hätten bereits 180 Millionen \$ für solche Projekte verwandt und er glaube, daß im Finanzjahr 1987 noch mehr Mittel bereitgestellt werden könnten. Anerkennend hob er die SDI-Zusammenarbeit der USA mit Frankreich und Großbritannien hervor. Diese Technologie werde zur Zeit immer noch auf eine Eignung hin geprüft. Niemand könne über einen möglichen Erfolg Vorhersagen machen. Es sei aber festzuhalten, daß die Sowjetunion dieses Programm ernstnähme, was sich aus der Entwicklung bei den Genfer Rüstungskontrollgesprächen ergebe. Aber er fürchte, daß ein Fortschritt bei SDI durch die mangelnde Fähigkeit entwertet werde, den Gefahren für die gemeinsame Sicherheit und durch den Terrorismus zu begegnen. Es gebe klare Anzeichen für eine wachsende sowjetische Spionage. Es sei deshalb notwendig sicherzustellen, daß ein Geheimnis, das mit den Bündnispartnern geteilt werde, auch ein Geheimnis bleiben müsse. Senator Roth stellte ferner fest, daß der fehlende Beistand der NATO für den amerikanischen Luftangriff auf Libyen die öffentliche Unterstützung des Bündnisses in den Vereinigten Staaten geschädigt habe. Fortschritte auf diesen Gebieten der politischen Zusammenarbeit seien unerlässlich, um bei der Verteidigungszusammenarbeit erfolgreich zu sein.

Abg. **Zervos** (Griechenland) wies darauf hin, daß Griechenland von allen Mitgliedstaaten den höchsten Prozentsatz des Brutto Sozialprodukts aufbringen müsse, um seinen NATO-Verpflichtungen nachzukommen. Ein Grund dafür sei, daß beträchtliche Mittel für Importe aufgewendet werden müßten, da Griechenland nur eine unterentwickelte eigene Rüstungsindustrie besitze. Er begrüße die Initiative zur Entwicklung neuer Technologien und der Rüstungszusammenarbeit, insbesondere die Industrialisierungsprojekte der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe und der Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren. Rüstungszusammenarbeit nütze dem Bündnis in mehrfacher Weise, indem sie die Verteidigungsfähigkeit stärke und zu mehr Aufrichtigkeit, Vertrauen und Einvernehmen zwischen den Verbündeten führe. Der Zwischenbericht über die Verteidigungszusammenarbeit sei ein Schritt auf diesem Wege gewesen.

Abg. **Prof. Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) führte aus, daß die Rüstungszusammenarbeit im Bündnis in der letzten Zeit einige positive Entwicklungen aufzuweisen habe. Sie beruhten sämtlich auf der Erkenntnis, daß es notwendig sei, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit zu stärken, daß die Ressourcen hierfür nicht in gleichem Maße wachsen würden wie die Kosten und daß sich daraus ein Zwang zur Zusammenarbeit ergebe. Er denke dabei

an erster Stelle an das Angebot des amerikanischen Senators Nunn, bis zu 250 Millionen US-Dollar aus dem Haushalt für kooperative Projekte zur Verfügung zu stellen und hierfür einen zeitlichen Rahmen bis September 1987 zu setzen. Die Bündnispartner hätten mit der Übereinstimmung bei sieben Projekten erfreulich rasch reagiert. Dies sei ein guter neuer Ansatz. Seines Erachtens liege die Bedeutung dieses Vorschlags in erster Linie im politischen Bereich. Er stelle eine Chance dar, der Verbesserung der transatlantischen Rüstungszusammenarbeit den politischen Rang einzuräumen, der ihr zukomme. Dies sei bedeutsam in einer Zeit, in der mehr Leistungen für die Verteidigung des Bündnisses gefordert würden, zugleich aber auch die finanziellen Grenzen dafür deutlich würden. In der Bereitschaft der europäischen Bündnispartner, das amerikanische Angebot aufzugreifen, komme ihr Wille zum Ausdruck, die konventionelle Verteidigung des Bündnisses zu stärken. Er plädiere daher dafür, die Projekte, die im Rahmen des Nunn-Amendments für eine weitere transatlantische Kooperation ausgewählt worden seien, weiterhin zügig voranzutreiben.

Es komme natürlich auch auf die konkreten Resultate dieser Zusammenarbeit an. Es handele sich dabei um Vorhaben anspruchsvoller Technologien. Die Zusammenarbeit in diesen Projekten werde ein hohes Maß an Bereitschaft der Bündnispartner erfordern, den Transfer von technologischem Know-how untereinander zu fördern. Es dürften keine Einbahnstraßen transatlantischer Art entstehen. Insofern könnten die ausgewählten Projekte auch zum Testfall der Kooperationsbereitschaft in der Allianz werden. Von der Tagung in Luxemburg sollte daher eine neue starke Initiative zur Rüstungszusammenarbeit im Bündnis ausgehen.

Abg. **Colling** (Luxemburg) erklärte, daß es für die luxemburgische Delegation eine große Ehre und Freude sei, die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung in Luxemburg willkommen heißen zu können. Nach 1980 und 1984 bilde sich mit dieser dritten Tagung in seinem Land so etwas wie eine Tradition heraus.

Die Nordatlantische Versammlung verkörpere das demokratische Element im Bündnis. Sie fungiere als Bindeglied zwischen dem NATO-Rat und den nationalen Parlamenten. Die Mitglieder der Versammlung müßten in ihren Parlamenten eine Informationsrolle spielen, um zur Bildung des politischen Willens beizutragen. Der Terrorismus sei ein Problem, das besonders die öffentliche Meinung erregte. Er habe den Eindruck, daß die amerikanische Intervention in Libyen in diesem Bereich einen Schock ausgelöst habe. Nach anfänglicher Agitation sei nun aber Raum für Nachdenken und Ausgleich. Auch der Unfall in Tschernobyl habe einen ähnlichen Effekt gehabt. Die möglichen Auswirkungen der Atomkraft seien bekannt, aber die weit ausgreifende Debatte, die 20 Jahre früher hätte geführt werden müssen, habe nun erst begonnen. In gleicher Weise habe der amerikanische Angriff auf Libyen zur Einleitung einer wirklichen konzertierten Aktion gegen den Terrorismus geführt. Der Ministerrat der EG habe

schon in diesem Sinne Entscheidungen getroffen. Die Luxemburgische Abgeordnetenversammlung werde dieses Problem in Kürze debattieren. Sie müsse dabei den in der Nordatlantischen Versammlung entwickelten Vorschlägen angemessene Beachtung schenken. Nach Auffassung von Abg. Colling komme der langfristigen Sicherheit Priorität zu. Die Staaten der EG müßten mit einer Zunge sprechen, dies gelte auch für das Bündnis. Die Parlamentarier sollten daher alles an diesem Ziel ausrichten.

Abg. Sir Patrick Wall (Vereinigtes Königreich) wies auf die schon jahrelang geführten Gespräche über die Verteidigungszusammenarbeit hin. Ein Unterausschuß der Versammlung sei seit über zehn Jahren mit den Streitkräfteausschüssen im Kongress und im Senat der Vereinigten Staaten in Kontakt. Den drängendsten Entwicklungsbedarf gebe es im Bereich des Technologietransfers. Er habe den Eindruck, daß es auf politischer Ebene wohl Zusammenarbeit gebe, die sich aber bei den Verteidigungsindustrien noch nicht ausgewirkt habe. Europäische Projekte in fortgeschrittener Technologie würden oft dadurch behindert, daß sie bei Ausschreibungen amerikanischer Firmen nicht zum Zuge kämen. Während die AB 8-B ein Beispiel erfolgreicher zweiseitiger Zusammenarbeit gewesen sei, werde die Entwicklung des Überschallflugzeugs AB 8-C fast ausschließlich ein amerikanisches Projekt sein. Es sei nicht zufriedenstellend, wenn die europäischen Firmen nur Unterlieferanten bei amerikanischen Projekten seien. Eine gleichgewichtige und gleichberechtigte Zusammenarbeit sei notwendig und möglich, in die auch die kleineren Länder einbezogen werden müßten. Schließlich wies Sir Patrick Wall darauf hin, daß es die wichtigste Aufgabe der Nordatlantischen Versammlung sei, die Einheit des Bündnisses zwischen Europa sowie den USA und Kanada zu wahren und zu verstärken. Ein Mißerfolg in diesem Bemühen könne das gesamte Bündnis und die westliche Verteidigung in Gefahr bringen.

Abg. Knudsen (Norwegen) vertrat die Auffassung, daß schon aus wirtschaftlichen Gründen der Zwang zur Rüstungszusammenarbeit noch nie so groß gewesen sei wie zur Zeit. Nur wenige Länder könnten sich erlauben, den Verteidigungshaushalt auf Dauer unangetastet zu lassen. Norwegen habe zwar in den letzten Jahren einen Anstieg der Verteidigungsausgaben von 3,5 % gewährleisten können; dies könne jedoch für die Zukunft nicht garantiert werden. Europäische und transatlantische Zusammenarbeit sei möglich und ein notwendiger Schritt vorwärts. Ein sorgfältig ausgearbeitetes, detailliertes Langzeitprogramm mit politischer Unterstützung sei erforderlich, um den bestmöglichen Nutzen aus der Verteidigungszusammenarbeit zu ziehen. Es müßten Grundregeln festgesetzt werden, um sicherzustellen, daß Projekte nicht von einigen wenigen Ländern dominiert würden. Verteidigungszusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Verbündeten könne nur auf der Basis einer wirklichen Gegenseitigkeit gedeihen. Die europäischen Verteidigungsminister hätten im April 1984 der Verteidigungszusammenarbeit einen neuen Anstoß gegeben in der klaren Erkenntnis, daß bislang

nicht der optimale Nutzen aus den zur Verfügung stehenden Fähigkeiten und Mitteln gezogen worden sei. Seitdem seien beachtliche Ergebnisse erzielt worden. Die norwegische Delegation begrüße besonders, daß die neuen Initiativen sämtlich auf die Verstärkung der konventionellen Verteidigung gerichtet seien. Diese Initiativen müßten fortgeführt werden, um die Abhängigkeit von Nuklearwaffen in der gegenwärtigen Abschreckungsstrategie zu vermindern. Zwar werde dies erhebliche Kosten verursachen, es sei jedoch der einzige Weg, unsere Zukunft zu sichern.

Abg. Agagil (Türkei) betonte das herausragende Interesse der Türkei an der Verteidigungszusammenarbeit, da das Land besondere Anstrengungen zur Modernisierung seiner Streitkräfte unternehme. Es sei notwendig, eine nationale Verteidigungsindustrie aufzubauen. Dadurch könnten sowohl die großen wirtschaftlichen Belastungen durch Importe von Ausrüstungsgütern vermindert, als auch schrittweise die Notwendigkeit der Ausrüstungshilfe durch die Verbündeten abgebaut werden. Die hohen Kosten der Hochtechnologie und die Knappheit der Mittel zwängen zu einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und der Industrie bei Entwicklung und Produktion der Rüstungsgüter. Aus diesen Gründen würden die Initiativen der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe und der Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren begrüßt. Besondere Aufmerksamkeit solle gemeinsamen Projekten zwischen den in wirtschaftlich und technischer Hinsicht unterschiedlich entwickelten Bündnispartnern gewidmet werden. Zur Stärkung des Bündnisses als Ganzem sei eine echte Zweibahn-Straße, die gerade auch die unterschiedlich entwickelten Bündnispartner erfasse, erforderlich. Die richtig verstandene Verteidigungszusammenarbeit biete viele Vorteile. Kurzfristig könnten Mängel in der Ausrüstung teilweise abgestellt werden, die Standardisierung der Waffensysteme würde gefördert. Schließlich stärke die Zusammenarbeit die Allianz auch politisch, in dem sie ein Beispiel für die Solidarität der Bündnispartner gebe.

Abg. Agagil dankte den luxemburgischen Gastgebern für ihre Gastfreundschaft sowie die gute Organisation und ludt alle Mitglieder der Versammlung herzlich zur Jahrestagung nach Istanbul ein.

Abg. Daillet (Frankreich) erinnerte an Luxemburgs wichtige Rolle beim Aufbau Europas und bei der Stärkung des Bündnisses.

Frankreich fülle seine Rolle im Bereich der Verteidigungszusammenarbeit voll aus. Dies gelte zum einen für den Verteidigungshaushalt, der bis vor fünf Jahren jährlich um 4 % gewachsen sei, eine Rate, die die neue Regierung wiederherzustellen beschlossen habe. Dies gelte zum anderen auch für die militärische Präsenz im Vertragsgebiet des Bündnisses und außerhalb wie z. B. im Tschad oder im Mittelmeerraum. Premierminister Chirac habe kürzlich bestätigt, daß Frankreich sich nicht selbst von den SDI-Projekten ausschließen werde. Bezugnehmend auf die harschen Worte von Botschafter a. D. Komer

stellte Abg. Daillet fest, daß die Kritik nicht zu einer Auflösung der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe führen dürfe, sondern im Gegenteil ein Ansporn zu weiteren Aktionen sein solle. Gleichwohl sei einzuräumen, daß die europäischen Staaten nicht ausreichende finanzielle Anstrengungen machten: Die Freiheit sei immer teurer, wenn sie erst einmal verloren sei. In bezug auf den Bündniszusammenhalt sei es nun endlich an der Zeit, daß Europa zu dem von Präsident Kennedy zitierten zweiten Pfeiler des Bündnisses werde. Dafür biete die Westeuropäische Union den geeigneten Rahmen. Abschließend äußerte Abg. Daillet seine Überzeugung, daß die äußerst positiven Aspekte der Frühjahrstagung Auswirkungen auf den Kampf gegen den Terrorismus haben würden.

Abg. **Van Vlijmen** (Niederlande) sprach sich dagegen aus, im allgemeinen Entschließungsentwürfe unmittelbar zur Diskussion und Abstimmung an das Plenum zu richten, ohne sie zuvor in einem Ausschuß beraten zu haben. Aus einer der letzten Studien der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe ergebe sich, daß die europäische Verteidigungsindustrie genügend Kapazität und Qualität besitze, um moderne Ausrüstung zu entwickeln und zu produzieren. Die Probleme resultierten vielmehr aus der wirtschaftlichen Unbeweglichkeit des Handels, nationalistischen Präferenzen und bürokratischen Vorgehensweisen. Die Mängel seien nicht auf der Angebotsseite des Marktes, sondern auf der Nachfrageseite zu sehen. Die Regierungen müßten sich mehr von ihren eigenen kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen lösen. Solange dies nicht geschehe, bleibe der Markt segmentiert. Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern seien dann auch in Zukunft ineffizient organisiert. Als Folge führe der Mangel an bündnisweiter Einsatzfähigkeit zu einer Schwächung der Kampfkraft. Das Problem der Harmonisierung müsse dringend gelöst werden. Dies sei nur bei einem fairen Wettstreit der Industrien möglich, dazu sei ein offener Markt für den Handel mit Verteidigungsgütern erforderlich. Zum Beispiel müsse Artikel 223 des EWG-Vertrages außer Kraft gesetzt werden. Bei der Zusammenarbeit müßten die wirtschaftlichen Konsequenzen für alle beteiligten Partner ausreichend berücksichtigt werden. Alle Anstrengungen zur Verbesserung der Verteidigungszusammenarbeit seien als eine Konsequenz der Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag zu sehen. Die zu fassende Entschließung solle daher in ihrer Präambel keinen Hinweis auf die SDI-Rahmenabkommen zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich sowie der Bundesrepublik Deutschland enthalten.

Abg. **Rose** (USA) sah die wichtigste Aufgabe der Nordatlantischen Versammlung in der Verhinderung von Kriegen, wie sie früher auf dem europäischen Kontinent üblich gewesen seien. Verteidigungszusammenarbeit sei ein Weg zum Frieden. Auch wenn es schwierig sei, müßten die Verbündeten auf allen Gebieten ihrer gegenseitigen Interessen stärker zusammenarbeiten. Beispielsweise nannte er die Landwirtschaft, die Fernmeldetechnik und den Währungssektor. Die Abschreckung ei-

nes möglichen Gegners würde am besten durch umfassende Zusammenarbeit unter den Verbündeten gewährleistet.

Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Bündnisstaaten beträchtliche Mittel einsparen könnten, wenn es gelänge, im gesamten Verteidigungsbereich die gegenwärtig parallel stattfindenden Anstrengungen bei der Forschung, Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern zu koordinieren. Das müsse doch angesichts der heute schon integrierten Kommandostrukturen, der verflochtenen Streitkräfte und der gemeinsamen Strategie möglich sein. Er setze sich mit den gleichen Argumenten bereits seit 24 Jahren für eine verstärkte Verteidigungszusammenarbeit ein. Zwar seien in diesen Jahren Fortschritte erzielt worden, der notwendige Durchbruch habe aber noch nicht erreicht werden können. Die Politiker müßten größere Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge gewinnen. Um Mehrfachaufwendungen in der Produktion zu vermeiden, müßten vor allem die Investitionen für Forschung und Entwicklung koordiniert werden. Abschließend sprach sich Sir Peter Emery für die Erwähnung der SDI-Rahmenabkommen in der Entschließung aus. Dies sei ein Hinweis auf die tatsächlich führende Rolle der USA. Die Chance für die europäische Industrie, sich an diesen Arbeiten zu beteiligen, sollte nicht durch Politiker vereitelt werden.

Abg. **Scovacricchi** (Italien) erklärte seine Befriedigung darüber, daß die Verteidigungszusammenarbeit Gegenstand einer ernsthaften Debatte geworden sei. Ganz abgesehen von den haushaltsmäßigen Aspekten könne eine Zusammenarbeit nur mit einem verstärkten politischen Engagement aller Mitgliedstaaten zu einem Erfolg geführt werden. Die Mehrheit des italienischen Parlaments billige den von dem Abg. Petersen eingebrachten Entschließungsentwurf einschließlich der Aussage zu den SDI-Rahmenabkommen, die nach dem Wunsch verschiedener Redner gestrichen werden solle. Ein Erfolg bei dem SDI-Programm habe zweifellos Auswirkungen auf die konventionelle Bewaffnung. Italien sei bereit, sich an den Projekten zu beteiligen, um daraus den größten Nutzen für die heimische Industrie zu ziehen. Dabei müsse auch hervorgehoben werden, daß das SDI-Programm defensiver und nicht offensiver Natur sei.

Abg. **Budtz** (Dänemark) wies auf die große Unterstützung der Verteidigungszusammenarbeit im dänischen Folketing hin. Dies betreffe jedoch nicht die Arbeiten am SDI-Projekt und den Bereich der chemischen Waffen. Hier gebe es klare Entscheidungen des Parlaments, sich nicht zu beteiligen, keine chemischen Waffen zu stationieren und auch keine Verantwortung für die Produktion neuer chemischer Waffen zu übernehmen. Er habe mit Interesse gelesen, daß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses nochmals darauf hingewiesen habe, daß die Zustimmung des Kongresses zur Produktion neuer chemischer Waffen an eine vorherige einmütige Zustim-

mung der NATO-Partner im Nordatlantikkart gebunden sei. Eine Zustimmung werde es jedenfalls von Dänemark nicht geben. Daher stelle er fest, daß der vom Kongreß geforderte Konsens in dieser Frage innerhalb der NATO nicht bestehe. Diese Position habe er auch gegenüber Verteidigungsminister Weinberger bei dessen Besuch in Kopenhagen deutlich gemacht.

Abg. Lello (Portugal) wies darauf hin, daß Verteidigungszusammenarbeit über militärische Schritte hinausgehe und auch wirtschaftliche und soziale Aspekte einbeziehen müsse. Heute gebe es Asymmetrien innerhalb des Bündnisses, die abgebaut werden müßten. Durch eine verbesserte Homogenität könne die Kraft und der Zusammenhalt des Bündnisses gestärkt werden. Eine verbesserte Zusammenarbeit und Koordinierung im Wirtschafts- und Sozialbereich habe dann auch positive Auswirkungen auf die Verteidigungszusammenarbeit zwischen beiden Pfeilern der transatlantischen Allianz, die sich in echter Gegenseitigkeit entwickeln müsse. Bedeutsam sei aber auch die Verbesserung der innereuropäischen Zusammenarbeit. Wichtig sei die Entwicklung der europäischen Randnationen. Heute konzentriere sich die Rüstungsindustrie zu sehr auf die hochentwickelten Bündnisstaaten im Zentrum Europas, dem traditionellen Kriegsschauplatz. Dies sei auch strategisch nachteilig. Die Unabhängige Europäische Programmgruppe müsse diesen Aspekten mehr Rechnung tragen und den weniger entwickelten Bündnispartnern am Rande Europas mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen. Deren Industrien müßten stärker in die Projekte einbezogen werden. Dabei gehe es nicht um Geschenke, sondern um eine Stärkung der Allianz durch eine gezielte Hilfe zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Abg. Sir Geoffrey Johnson Smith (Vereinigtes Königreich) unterstützte die Resolution persönlich, aber auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Militärausschusses. Er habe jedoch gewisse Zweifel daran, daß die Amerikaner bereit seien, den Europäern einen wirklich wesentlichen Platz auf dem amerikanischen Rüstungsmarkt einzuräumen. Die Vereinigten Staaten müßten auch an ihren Arbeitsmarkt denken, sie hätten die Aufrechterhaltung und Stärkung ihrer eigenen industriellen Basis besonders im Forschungs- und Entwicklungsbereich im Auge. Schließlich könnten sie sich im Hinblick auf die Versorgung mit strategischem Material auch nicht vollständig auf Quellen verlassen, die mehrere tausend Meilen entfernt seien. Diese Tatsache dürfe jedoch nicht zu einem Rückfall in einen abgeschotteten Nationalismus führen, sondern unterstreiche die Notwendigkeit, die Verteidigungsindustrie in Europa zu stärken. Ein Grund für die Irritationen der amerikanischen Öffentlichkeit über Europa liege darin, daß Europa nicht in der Lage sei, das vorhandene Potential auch richtig auszuschöpfen. Die Zersplitterung der europäischen Industrie müsse dringend überwunden werden. Diese vielen kleinen Unternehmen auf nationaler Basis könnten nicht ausreichend und wirksam genug die großen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben unterstützen. Er teile die Auffassung von Botschafter a. D. Komer,

daß man sich nicht ausschließlich auf die Arbeit der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe verlassen dürfe. Wesentlich sei eine politische Unterstützung durch die Parlamente und die Regierungen, insbesondere der EG-Staaten.

Die Beseitigung der Handelsschranken in der EG sei ein schwieriger, langwieriger Prozeß. In der Zwischenzeit müsse gehandelt werden. Auch wenn die amerikanischen Freunde es nicht gerne hörten: So wie die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit die Europäer auf dem Verteidigungsmarkt diskriminiert hätten, müßten die Europäer nun ihrerseits positiv zugunsten ihrer eigenen Hersteller den eigenen Markt für sich sichern. Dies habe zwar den negativen Beigeschmack eines partiellen Protektionismus, aber gelegentlich müsse man auch unangenehme Dinge tun. Natürlich führe das zumindest am Anfang nicht dazu, daß immer die kostengünstigste Ausrüstung beschafft werde. Daraus allein ergebe sich aber die Chance, eine große europäische Verteidigungsindustrie zu entwickeln, die dann auf einem gemeinsamen Markt konkurrieren könne.

Abg. Cerquetti (Italien) hielt die vorgelegte Entschließung für zu optimistisch, insbesondere was die europäische Unterstützung von SDI angehe, die deshalb auch nicht erwähnt werden solle. Bezüglich der Übernahme der britischen Firma Westland habe FIAT vor einigen Monaten in enger Verbindung mit Sikorsky gestanden. Gleichwohl sei nun die Lieferung einiger Bulldozer von FIAT nach Amerika wegen libyscher Beteiligung an dieser Gesellschaft unterbunden worden. Er habe den Eindruck, daß diese protektionistischen Maßnahmen weit über die Sicherheitsbedürfnisse hinausgingen. Grundsätzlich sei eine Verteidigungszusammenarbeit zu begrüßen. Derzeit gebe es zu viele und zu häufig neue Initiativen. Die militärischen Ziele und Prioritäten sollten vielmehr zweckmäßigerweise in einem Fünf- oder Zehn-Jahres-Rhythmus festgesetzt werden und nicht zu einem dauernden Verkaufskampf führen.

Abg. Nunes (Portugal) äußerte sein Interesse an einer breiteren Debatte, obwohl der Entschließungsantrag sich sehr präzise auf die militärische Zusammenarbeit beschränke. Die Aussage über die SDI-Rahmenabkommen sollen nicht in die Entschließung aufgenommen werden, da das SDI-Programm weder bei der Bevölkerung noch bei den Parteien, noch bei den Regierungen Europas eine Mehrheit finde. Europa habe tatsächlich seine Verteidigungspolitik um die strategischen Kräfte herum aufgebaut. Bezüglich der technologischen Zusammenarbeit sei das von Frankreich vorgeschlagene EUREKA-Projekt am interessantesten.

Abg. Viggers (Vereinigtes Königreich) betrachtete die Verteidigungszusammenarbeit in einem breiteren Zusammenhang, insbesondere im Hinblick auf zwei besonders bedeutsame Bedrohungen des Bündnisses. Die erste rühre aus dem Terrorismus her. Im Vereinigten Königreich gehe die größte Gefahr auf diesem Gebiet von der IRA aus. Diese Kräfte würden nicht unbeträchtlich aus den USA von Personen unterstützt, die die wirkliche Lage nicht richtig ein-

schätzten, und darüber hinaus aus Libyen durch eine Regierung, die sehr gut wisse, was sie tue. Er appelliere deshalb an die Delegierten der USA, Verständnis für diese Situation aufzubringen und den Abschluß eines Auslieferungsvertrages zu unterstützen. Die zweite Bedrohung stelle die Sowjetunion dar. Man sage zwar, daß sich die UdSSR unter Gorbatschow geändert habe. Das sei aber nicht zutreffend, wie man aus der Behandlung der Atomkatastrophe von Tschernobyl sehe. Die sowjetische Regierung sei so auf Geheimhaltung fixiert, daß sie nicht einmal die eigene Bevölkerung vor bestehenden Gefahren gewarnt habe. Die Vorteile eines freien Gesellschaftssystems und der Demokratie würden im Westen zu häufig, vor allem von der Jugend, als selbstverständlich angesehen. Die Freizügigkeit, die Meinungsfreiheit und die anderen Vorzüge der Demokratie, die durch die NATO und die Verteidigungszusammenarbeit gesichert würden, müßten viel deutlicher gemacht werden.

Abg. **Jungmann** (Bundesrepublik Deutschland) führte aus, daß schon viele Redner die Kosteneinsparung durch eine bessere Verteidigungszusammenarbeit herausgestellt hätten. Ein Blick auf die nationalen Haushalte zeige aber, daß Projekte der Rüstungskooperation nicht billiger, sondern im Gegenteil immer teurer geworden seien. Dies komme daher, daß häufig nationale Egoismen bei der Festlegung taktischer Forderungen eine große Rolle gespielt hätten. Die einzelnen Nationen seien nicht bereit, ihre speziellen Wünsche zugunsten des gemeinsamen Ziels der Effektivierung der Mittel und der Reduzierung der Kosten für die Verteidigungsausgaben anzupassen. Es sei deshalb richtig, darüber zu debattieren und deutlich zu machen, daß die Verteidigungszusammenarbeit auf den konventionellen Bereich begrenzt sei. Rüstungskooperation sei aber auch mit Rüstungsexporten in Nicht-NATO-Staaten verbunden. Zum Teil tauchten diese in Kooperation produzierten Waffen in Staaten oder Organisationen auf, die den Terrorismus unterstützten und förderten. Teilweise würden diese Waffen sogar gegen die NATO oder einzelne Mitgliedstaaten selbst eingesetzt. Die deutschen Sozialdemokraten seien deshalb der Auffassung, daß die Entschließung auch eine klare Aussage zu diesem Problem machen müsse. Der Terrorismus sei nicht ein nationales oder ein europäisches oder ein amerikanisches, sondern ein weltweites Problem. Dieses Problem könne nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden. Politische Initiativen und polizeiliche Maßnahmen, wie eine Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste, seien erforderlich. Durch politische Mittel müsse dem Terrorismus, vor allem im Nahen Osten, die Grundlage entzogen werden.

Da die konventionelle Zusammenarbeit der wichtigste Bereich sei, unterstütze er den Wunsch der niederländischen Delegation, den Passus über die SDI-Zusammenarbeit aus der Entschließung zu streichen. Er begrüße es, daß der dänische Abg. Budtz das Problem der chemischen Waffen angesprochen habe. Im Interesse der Aktualität der Arbeiten der Versammlung hätte er sich eine breitere Diskussion zu diesem Thema gewünscht. Zu den

Einflüssen auf die NATO, die von außerhalb des Vertragsgebietes kämen, sei im Politischen Ausschuß debattiert worden. Die operativen Ergebnisse der Beratungen fänden weitgehend seine Zustimmung. Die deutschen Sozialdemokraten könnten sich jedoch nicht mit dem jetzt in dem Bericht enthaltenen Bewertungen und Schlußfolgerungen des Berichterstatters zu Nicaragua, Südafrika und einigen anderen Staaten einverstanden erklären.

Frau Abg. **Schroeder** (USA) hielt eine Bewertung der Rüstungszusammenarbeit nur bei einer Einbeziehung sämtlicher Einzelaspekte für möglich. Sie habe den Eindruck, daß die Entschließung im wesentlichen den Wunsch der Europäer zum Ausdruck bringe, in den Vereinigten Staaten mehr Waffen zu verkaufen. Das sei eine unbefriedigende Schlußfolgerung aus der Debatte. Sie berücksichtige nicht, daß es erhebliche Fortschritte gegeben habe und daß ein beträchtlicher Teil des US-Verteidigungsbudgets für Ausrüstung aus Europa ausgegeben werde. Zum Bedauern der amerikanischen Regierung und Öffentlichkeit hätten nur wenige NATO-Partner die dreiprozentigen Steigerungsraten in den Verteidigungshaushalten wie die Amerikaner einhalten können. Dies werde angesichts der eigenen Haushaltsbeschränkungen als negatives Zeichen aus Europa gewertet. Zur Zeit seien über 300 000 amerikanische Soldaten in Europa stationiert, die unter dem fallenden Dollar und, was deren Familienangehörige angeht, unter der Arbeitslosigkeit in Europa litten. Trotz des fallenden Lebensstandards verteidigten diese Truppen Europa im Auftrag des Bündnisses. Die USA wendeten 6,5 % ihres Bruttosozialprodukts für die Rüstung auf, Europa nur 3 %. Sie wies darauf hin, daß Amerika und Europa Verbündete seien, aber dennoch Konkurrenten im Handel. Dies und auch die Bedrohungen durch den Terrorismus für die amerikanischen Bürger in Europa müsse in der Diskussion über die Verteidigungszusammenarbeit mit bedacht werden. Am heutigen Memorial-Day erinnere sie daran, daß viele Europäer nach Amerika ausgewandert seien, um der Wehrpflicht zu entgehen. Die Söhne dieser Siedler hätten später als Wehrpflichtige auf den Schlachtfeldern Europas gekämpft, um als Amerikaner die Freiheit der Europäer zu verteidigen. Diese tragische Verteidigungszusammenarbeit mache auch heute noch die überragende Verpflichtung und Bindung der USA an die gemeinsamen Werte deutlich. Dies müsse erhalten werden, indem die Verteidigungszusammenarbeit umfassend und nicht nur mit Blick auf Verkaufszahlen bei Waffen und Rüstungsgütern diskutiert werde.

Abg. **de Waart** (Niederlande) erklärte, daß der Unterausschuß Verteidigungszusammenarbeit bei seinen Begegnungen mit den Regierungen, Politikern und Industrievertretern niemals über eine Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen oder chemischen Waffen diskutiert habe. Diese klare Linie der europäischen Parlamentarier und das Unbehagen der Europäer betreffend die chemischen Waffen, die selbst eine Produktion weit entfernt in Amerika ablehnten, habe historische Hintergründe. Der Erste Weltkrieg mit dem Giftgaseinsatz habe nämlich

tiefe Wunden hinterlassen. Es bestehe die Furcht, daß chemische Waffen nur in Europa eingesetzt werden könnten und auch nur für einen dortigen Einsatz produziert würden. Viele Parlamentarier betrachteten auch eine Entscheidung über eine Produktion dieser Waffen als ein schlechtes Signal für die laufenden Verhandlungen in Genf, die auf ein Verbot von Chemiewaffen zielten. Die Parlamente und selbst die Regierungen seien jedoch bedauerlicherweise nicht an der Formulierung der Streitkräfteziele beteiligt, sonst hätte diese Haltung Auswirkungen auf die Festlegungen der neuen Streitkräfteziele gehabt. Im niederländischen Parlament gebe es höchst unterschiedliche Auffassungen in Verteidigungsfragen, die Ablehnung der chemischen Waffen sei jedoch einmütig.

Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) bedauerte, daß bei der Diskussion über die Verteidigungszusammenarbeit das Hauptaugenmerk auf Mitteleuropa gelegt werde. Man solle dieses Thema mehr im Hinblick auf die technische Entwicklung der für die Allianz verwundbaren Südregion sehen. Dort sei die Notwendigkeit für eine Modernisierung der Streitkräfte viel größer. Die wirtschaftlich schwächeren Staaten der Südregion bedürften dazu der Unterstützung durch die Verbündeten. Allgemein seien die einzelnen Vorschläge zur Verbesserung der Verteidigungszusammenarbeit zur Verwirklichung, wenn der politische Wille dazu im gesamten Bündnis geweckt werde. Heute würden 95 % der bilateralen Militärhilfe für Griechenland, Portugal und die Türkei von den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Auch andere Staaten müßten sich hier aktiv beteiligen. Er bedauere, daß die bestehende Militärhilfe der USA für diese Staaten durch die Haushaltsgesetze in Frage gestellt sei. Auch die Unabhängige Europäische Programmgruppe und andere Organisationen könnten mehr leisten. Die wohlhabenden Nationen sollten ihre Beschränkungen im Technologietransfer zugunsten der schwächeren Bündnispartner in der Südregion lockern. Dabei sei vor allem an Lizenzvereinbarungen zu denken. Auch die Finanzhilfe zugunsten der beschaffenden Staaten könne verbessert werden. Ein negatives Beispiel aus diesem Bereich, das nicht Schule machen sollte, sei mit der Beschaffung der drei Fregatten für Portugal verbunden. Er hoffe, daß bald eine Vereinbarung getroffen werde und der Bau der drei Fregatten in der Bundesrepublik Deutschland begonnen werden könne. Abschließend stellte Abg. George fest, daß das Klima in der NATO für eine Verbesserung der Verteidigungszusammenarbeit noch nie so gut gewesen sei wie zur Zeit. Es gebe beachtenswerte amerikanische Initiativen; Anstöße zur Stärkung des europäischen Pfeilers würden zunehmend unterstützt. Bei all diesen Initiativen müßten die Interessen der kleineren und wirtschaftlich schwächeren Bündnispartner in der Südregion besonders beachtet werden. Die Ergebnisse der Stärkung dieser Länder käme dem Bündnis als Ganzem zugute.

Abg. **Petersen** (Bundesrepublik Deutschland) stellte den Entschließungsentwurf vor und nahm zu den 21 Änderungsanträgen Stellung. Gegenstand des Ent-

wurfs sei die Zusammenarbeit auf dem konventionellen Sektor. Strategie, Nuklearwaffen und chemische Waffen seien nicht angesprochen. Was die SDI-Abkommen angehe, seien diese nur als ein Beispiel bestehender transatlantischer Zusammenarbeit angesprochen. Die Mitglieder der Versammlung sollten als Politiker nicht der industriellen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung im Wege stehen. Eingehend auf den Beitrag der Abg. Frau Schroeder (USA) äußerte er die Befürchtung, sie habe den Zweck der Entschliebung mißdeutet. Selbst die USA als wohlhabendes Land könnten heute kaum noch hochtechnische Waffensysteme auf NATO-weiter Basis ohne Zusammenarbeit mit anderen Verbündeten entwickeln und produzieren. Bezüglich der Wehrpflicht hob Abg. Petersen hervor, daß diese in den USA abgeschafft sei, während sie in der Bundesrepublik Deutschland gerade von 15 auf 18 Monate verlängert worden sei. Dies zeige sehr deutlich die Verpflichtung, die die Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Bündnis empfinde.

Die Versammlung nahm die nachstehende Entschliebung an:

Entschliebung

betr. die Verteidigungszusammenarbeit

Die Versammlung

ist sich bewußt, daß die zweifache Herausforderung — steigende Rüstungskosten und Begrenzung der Verteidigungsausgaben — eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den Regierungen des Bündnisses und der Industrie bei der Entwicklung und Herstellung von Verteidigungsgerät zwingend geboten erscheinen läßt;

ist überzeugt, daß die Hemmnisse für eine wirksamere transatlantische und innereuropäische Rüstungszusammenarbeit erst dann beseitigt werden können, wenn auf höchster politischer Ebene die Verpflichtung dazu bekräftigt wird;

begrüßt daher erstens die von hochrangigen Politikern der Vereinigten Staaten, wie den Senatoren Nunn und Roth sowie dem stellvertretenden Verteidigungsminister W. Taft, bekundete Verpflichtung, zweitens die Förderung der „verstärkten“ NATO-Ratstagungen durch die Verbündeten und drittens die regelmäßig stattfindenden IEPG-Tagungen auf Ministerebene als Ausdruck der politischen Verpflichtung, die Bemühungen um Rüstungszusammenarbeit noch zu verstärken;

sieht sich ermutigt durch die engere Zusammenarbeit zwischen Kongreß und Regierung in den USA, die der neuen Direktive an das Verteidigungsministerium zugrundeliegt, daß alle Militärbehörden zunächst Gemeinschaftsvorhaben ernsthaft in Erwägung ziehen müssen, bevor neue Entwicklungsprogramme verabschiedet werden und ferner durch die Billigung des Quayle Amendments 1985, aufgrund

dessen die europäische und amerikanische Industrie gleichberechtigt auf dem amerikanischen Markt für Rüstungsgüter konkurrieren können und

begrüßt die sieben Briefe mit Absichtserklärungen, die auf den Tagungen der Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren im Februar und April 1986 unterzeichnet wurden, und auf gemeinsame Projekte zur Rüstungsentwicklung im Rahmen des Nunn-Roth-Warner-Amendments aus dem Jahr 1985 abzielen;

ist überzeugt, daß die erfolgreichen Projekte zur multinationalen Zusammenarbeit, wie das Mehrfachraketenwerfer-System (MLRS), Tornado und das NATO-Fregattenprogramm, Beispiele für eine produktive, wirksame und gleichgewichtige Handhabung der Rüstungszusammenarbeit darstellen;

unterstützt die Einsetzung der IEPG-Studiengruppe über die europäische Verteidigungsindustrie, in der namhafte europäische Fachleute bis Ende 1986 konkrete und realistische Vorschläge zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Rüstungsindustrie vorlegen sollen;

beobachtet mit Sorge, daß eine unterschiedliche Rüstungsexportpolitik der Mitgliedstaaten gegenüber Nichtmitgliedstaaten, insbesondere in Konfliktgebieten, und selbst gegenüber Staaten, die den internationalen Terrorismus fördern, zu einem ernststen Hindernis auf dem Wege zur besseren Rüstungszusammenarbeit werden kann;

fördert die Einbeziehung aller Verbündeten in die Programme zur Verteidigungszusammenarbeit, einschließlich der Länder mit weniger fortgeschrittener Verteidigungsindustrie und ohne die für den Kauf der Endprodukte ausreichenden Mittel;

Empfiehl dem Nordatlantikrat:

1. die „verstärkten“ NATO-Ratstagungen als Mittel zur Beschleunigung des Prozesses der Rüstungszusammenarbeit zu institutionalisieren;

2. umgehend die Abgabe weiterer Absichtserklärungen zur Rüstungsk Kooperation zu fördern, und zwar in schwierigen Bereichen mit nachweislichen Mängeln, wie sie in der Studie der Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren zur Stärkung der Zusammenarbeit definiert wurden, und sich nachdrücklich um eine frühzeitige Umsetzung bestehender Absichtserklärungen in Durchführbarkeitsstudien und Demonstrationsprogramme zu bemühen;

3. Die Einsetzung einer NATO-Sondergruppe zu erwägen, die die von den Nationalen Rüstungsdirektoren geförderten Studien über bessere Rüstungsplanung, gemeinsame Finanzierung von Grundlagenforschung im Rüstungsbereich und ein besseres Management komplexer Projekte unterstützt und nach außen vertritt, und Möglichkeiten zur Standardisierung von Verteidigungsgerät wie Flugzeuge, Kriegsschiffe, Gewehre und Munition, bei allen Mitgliedern der NATO mit dem Ziel in Erwägung zu ziehen, daß gegenseitig verwendbares Verteidigungsgerät auf Lizenzbasis hergestellt werden könnte;

4. über neue Methoden nachzudenken, die es den nationalen Parlamenten und deren Ausschüssen erleichtern und sie ermutigen könnten, sich mit den Vorschlägen und Studien zur besseren Rüstungszusammenarbeit im Bündnis intensiver zu befassen und an ihrer Durchführung teilzuhaben.

fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*:

1. alle Anstrengungen zu unternehmen, um vorrangig vor ausschließlich nationalen Anstrengungen kooperative Möglichkeiten für die Produktion und Beschaffung konventioneller Rüstung zu suchen;
2. gemeinsame Kriterien für die Rüstungsexportpolitik der Mitgliedstaaten vorrangig im Bereich der Verteidigungszusammenarbeit zu erarbeiten, die sicherstellen, daß keine Waffen oder Rüstungsgüter in Nichtmitgliedstaaten exportiert werden, wenn es den Sicherheitsinteressen des Bündnisses zuwiderläuft.